

Was die Reform des Lehramtsstudiums zu versprechen droht

Gero Fischer

Konzept

Fachstudium (und pädagogisch-didaktische Ausbildung)

Zulassungsvoraussetzungen

Fachstudium und pädagogische Ausbildung

MA „Schulmanagement“ und Rekrutierung Funktionsträgern

Resümé

OECD und Experten fordern eine einheitliche universitäre Ausbildung der Pädagogen aller Kategorien, von der Vorschulerziehung bis zur Hochschulreife. Die aktuell in Österreich laufende Reform(diskussion) der Lehrerausbildung ist dabei, diese Forderung jedoch zu unterlaufen. Die Reformdiskussion ist getrieben von der politischen Vorgabe, Ansprüche von Pädagogischen FHs, Universitäten und Bologna-Architektur gleichermaßen zu erfüllen. Genau das ist aber eine Rezeptur für ein systemimmanentes garantiertes großflächiges Scheitern.

Eine Vorgabe als Konzept: Versuch einer Kreisquadratur

Was sich in der aktuellen Reformdiskussion des Lehramtsstudiums tut, dringt kaum an die Öffentlichkeit, die betroffenen Studienrichtungen sind in die Diskussionen so gut wie nicht einbezogen – zumindest nicht offiziell oder gar demokratisch legitimiert, wie es sich gehört – so ist man weitgehend auf Interpolationen angewiesen. So lässt eine weitgehend unkommentiert gebliebene, aber interpretationsfähige Zeitungsnotiz aufhorchen:

„Die Ausbildung aller Lehrer soll zusammengelegt werden und ein achtsemestriges Bachelorstudium umfassen. Darauf aufbauen soll ein Masterstudium ‚Schulmanagement‘ für Leitungsfunktionen.“¹

Eine gemeinsame Ausbildung aller in Lehrberufen Tätigen unter einem (universitären) Dach ist eine international empirisch fundierte Forderung. Ob allerdings mit der Formulierung „Zusammenlegung der Ausbildung“ das auch gemeint ist, was international vorgemacht wird, muss fraglich bleiben. Gravierender ist der Hinweis, dass die Lehrerausbildung mit acht Semestern und Bachelorabschluss erledigt sein soll. Wenn dieses neue Modell auch die Lehrer der sekundären Oberstufe einschließen soll – was es den Anschein hat – dann ist in der Tat Feuer am Dach. Das Lehramtsstudium umfasste bisher 9 Semester (die realen Studienzeiten insbesondere in den Philologien bewegten sich um die 10+ Semester, insbesondere wegen der Auslandsaufenthalte). Das ist im Vergleich mit dem neuen Modell quantitativ genommen eine Reduktion um (mindestens) ein Semester, was eindeutig eine Verminderung der Qualität der Ausbildung bedingt. Umgelegt auf die philologischen Fächer kann man sagen, dass das im bisherigen Lehramtsstudium erreichte Niveau der sprachlichen und kulturellen Kompetenz (wie immer verbesserungswürdig aber insgesamt) durchaus zufrieden stellend war und ist. Was den Studienplan betrifft, so ist das derzeit gültige Lehramtsstudium im Vergleich mit dem Diplomstudium bezüglich der fachlichen Ausbildung weitgehend identisch, allerdings muss das Lehramt bei gleicher Studiendauer pädagogische und didaktische Inhalte auf Kosten der fachlichen Vertiefung im Studienplan unterbringen. Bei diesem Punkt könnte man schon polemisieren und sagen: Wenn an das Lehramtsstudium hinsichtlich der fachlichen und pädagogischen Ausbildung höhere Ansprüche als bisher gestellt werden, dann wäre eine längere Gesamtstudiendauer (und nicht eine verkürzte wie im geplanten Curriculum, also z.B. 11 oder

¹ Die Presse 29.8.09: Ein Bachelortitel für alle Lehrer (Bericht aus Alpbach)

12 Semester) durchaus gerechtfertigt. In dieser verlängerten Studienzeit wären sowohl die vollen qualitativen fachlichen Anforderungen des Diplomstudiums als auch die pädagogische und didaktische Ausbildung unterzubringen. (Diese längere Studiendauer würde auch eine stärkere Motivation für den pädagogischen Beruf voraussetzen, das könnte sich durchaus auf die Studienwahl positiv auswirken, das Lehramtsstudium käme dann kaum mehr als Verlegenheitsstudium in Betracht). In diese Richtung wurden aber zu keiner Zeit Überlegungen angestellt, ebenso wenig wie verpflichtend im Curriculum vorzusehende Auslandsaufenthalte für die Unterrichtsfächer der modernen Sprachen.

Ich bringe nun Überlegungen zur Reform des Lehramtsstudiums ins Spiel, die in den letzten Jahren universitätsintern (an der Universität Wien) zur Diskussion standen. Seit dem WS 08/09 wird die Bologna-Architektur, das BA/MA-Modell, an den Universitäten realisiert, 6 Semester BA, 4 Semester MA. Nicht erst seit der Curriculumentwicklung der Studien nach der Bologna-Architektur wird offensichtlich, dass mit dem BA hinsichtlich Qualifizierung und Arbeitsmarkt nicht groß Staat zu machen ist. Das sieht offenbar die Bildungspolitik auch so und so werden nun 8-semesterige BA erwogen. Damit würden wir dem „alten“ auslaufenden Diplom-/Lehramtsstudium (9 Semester) wieder näher kommen. Das vorgeschlagene 8-semesterige Lehramt-BA wird vermutlich aus 2 Semestern Pädagogik und Fachdidaktik (das wird voraussichtlich der PH-Anteil sein) und 6 Semestern Fachstudium (Uni-Anteil) bestehen. Das derzeit gültige Lehramtsstudium beinhaltet noch das Schulpraktikum, wie das beim neuen Modell geregelt wird, ist unklar. Eine Tendenz der Reformer ist jedoch offensichtlich: Man will ein – in jeder Hinsicht – „billigeres“ Lehramtsstudium. Bei der vorgeschlagenen Konstruktion bin ich mir auch ganz sicher, dass dies – zum Schaden der Unterrichtenden wie der Unterrichteten auch „gelingen“ wird.

Es wird in Zukunft vermutlich zweierlei Lehramtsabschlüsse geben: BA-PH und BA-Uni, ersterer berechtigt für den Unterricht bis zur sekundären Unterstufe inklusive, letzterer für die sekundäre Unter- und Oberstufe. Interessant wird aber, wie sich abgesehen von der Entlohnung die beiden Typen von BA-Absolventen am Arbeitsplatz Schule funktional verteilen werden. Das wird notgedrungen einige Kämpfe der Interessensvertreter hervorrufen. Es muss in diesem Zusammenhang der Faktor der unterschiedlichen akademischen Kulturen von Universität und PH angesprochen werden. Die Verbindung von Forschung und Lehre an den Universitäten hat z.B. zur Folge, dass z.B. Betreuer von Diplom-/MA-Arbeiten sowie Prüfer bei Diplom-/Lehramts-/MA-Abschlüssen Habilitierte der Standard sind. Sie halten meist auch Seminare sowie für die wissenschaftliche Ausbildung zentrale Lehrveranstaltungen. Habilitierte sind aber an den PH die ausgesprochene Ausnahme, wie es dort überhaupt keine den Universitäten analoge Qualifikationsleitern / Karrieremuster (Diplom – Doktorat – Habilitation – Berufung) gibt. Nicht zuletzt laufen auch Bewerbungs- und Berufungsverfahren anders, die Abhängigkeit von und die direkte Einflussnahme durch die herrschenden politischen Interessensgruppen ist an den PH unvergleichlich viel stärker als an den Universitäten ausgeprägt, etc.

Durchaus interessant ist außerdem auch die Frage, wie es mit der realen Kompatibilität von BA-PH und BA-Uni aussieht. Konkret also, wie man ein BA-PH-Studium an der Universität fortsetzen kann, z.B. um die Qualifikation für die AHS-Oberstufe zu erwerben. Kandidaten, die von der PH an die Uni wechseln, haben mit Sicherheit erhebliche Auflagen seitens der Universität zu gewärtigen: BA-Absolventen einer PH, die die Unterrichtsberechtigung für die AHS-Oberstufe z.B. in Englisch, Französisch oder Russisch – nur um einige zu nennen – erwerben wollen, werden so gut wie sicher das gesamte Uni-BA der betreffenden Fächer durchlaufen müssen, ohne Möglichkeit größere Studienanteile des PH-BA anrechnen lassen zu können. Die universitären Curricula sehen eine wissenschaftliche Fachausbildung schon ab dem ersten Semester vor. Die Anforderungen und Ansprüche an wissenschaftliche Standards an den PH müssen als mehr als bescheiden bezeichnet werden. Aus diesem Grund wird es auch nicht so einfach sein, BA-PH Abschlüsse als MA-Studium an der Universität fortzuset-

zen. Eine planvolle Abstimmung der Curricula der PH und der Universitäten bezüglich der Lehrerbildung hat nie stattgefunden.

Zwischenfazit

Die mutwillige Verknüpfung von PH und Uni würde zu erheblichen qualitativen Abstrichen in der Ausbildung der Lehrer für die sekundäre Oberstufe führen. Übertritte von BA-PH in MA-Studien an der Universität werden nur in eingeschränktem Maß bzw. mit erheblichen Auflagen (d.h. Nachholen von Studieninhalten) möglich sein.

Zulassungsvoraussetzungen

Die Politik tönt von den „Besten der Besten“, die unsere Kinder unterrichten sollen ... Sie macht sich also (verbal) für die Auswahl dieser künftigen pädagogischen Elite stark, die den Lehrberuf ergreifen soll. Das Beste zu wollen ist eine Sache, aber es auch zu bekommen eine ganz andere. Um gleich zu Beginn des Studiums die Spreu vom Weizen zu trennen soll es (formalisierte) Aufnahmeverfahren geben, um diese Selektion zu bewerkstelligen. Ob diese Zulassungsverfahren das auch leisten, was von ihnen erwartet wird, ist die Frage. Hoch im Kurs ist das Argument von der „pädagogischen Begabung“, die es zweifellos gibt und die bei den Bewerbern „ertestet“ werden soll.

Bei den Aufnahmeverfahren wird in der Regel Wissen abgefragt, die Frage der pädagogischen Eignung wird aber daraus nicht sichtbar und die prognostische Aussagekraft psychologischer Tests ist unbedingt zu hinterfragen. Wenn wir in Betracht ziehen, dass im Grunde unfertige Persönlichkeiten – Maturanten mit 18 Jahren – zu Beginn ihres Studiums hinsichtlich ihrer pädagogischen/beruflichen Tauglichkeit beurteilt werden (sollen), so ist es einigermaßen gewagt, der Treffsicherheit dieser fremdbestimmten Entscheidungen zu vertrauen. Kein Auswahlverfahren kann Entwicklungen der Persönlichkeit einigermaßen zuverlässig voraussagen, insbesondere was die soziale (und in der Folge pädagogische) Kompetenz betrifft. In der Praxis werden außerdem an den PH, wo Aufnahmeverfahren üblich sind, je nach Bedarfslage des Arbeitsmarktes Zulassungsverfahren „flexibel“, d.h. einmal mehr oder ein anderes Mal weniger durchlässig gehandhabt. Damit wird das Anliegen selbst unterlaufen, die Besten, Geeignetsten unter den Bewerbern auszuwählen. Empirisch gut belegte Tatsache ist aber auch, dass pädagogisches und didaktisches Rüstzeug erlernbar ist, dass aber für eine gute pädagogische Arbeit ein profundes fachliches Können die unabdingbare Voraussetzung darstellt.

Wenn es also so gut wie keine tauglichen und zuverlässigen prognostischen Instrumente gibt, die für Zulassungsverfahren eingesetzt werden können, dann ist es in jedem Fall der Möglichkeit der Vorrang zu geben, dass Interessenten für das Lehramtsstudium selbst auf Grund von eigenen Erfahrungen, Reflexionen und Reifungsprozessen, unter professioneller Betreuung und Beratung ihre definitive Entscheidung für n/ gegen den Lehrberuf treffen. Die Schöpfer der alten Studienpläne für das Lehramt an den Universitäten haben diese Problematik einer bewussten Berufsentscheidung berücksichtigt und dem Zeitfaktor, den die Persönlichkeitsentwicklung benötigt, einen wichtigen Stellenwert beigemessen. Daher haben sie die Curricula der Lehramts- und Diplomstudien weitgehend parallel / identisch gestaltet, um Übertrittsmöglichkeiten (vom Lehramts- ins Diplomstudium und umgekehrt) ohne große Verluste auch noch bei fortgeschrittenem Studium zu ermöglichen.

Die letzte Verantwortung für die Studien-/Berufsentscheidung kann jedoch den Studierenden nicht abgenommen werden, d.h. Fehlentscheidungen sind grundsätzlich nicht auszuschließen. Korrekturmöglichkeiten müssen dann im Bildungssystem selbst möglich sein: Bisher werden Lehrer von den übergeordneten Behörden an die Schulen zugeteilt, d.h. die Schulleiter bekommen Bewerber vorgesetzt ohne Auswahl- oder Entscheidungsmöglichkeiten. Das – so heißt es – soll aber grundlegend geändert werden. Die Definitivstellung (Pragmatisierung) ist im Lehrberuf abgeschafft (bzw. es handelt sich um ein Auslaufmodell), d.h. im

Grunde ist es möglich geworden, Lehrer, die sich in ihrem Beruf nicht bewähren, auch nicht mehr weiter, oder nur in beschränktem Ausmaß zu beschäftigen. Diese gravierende dienstrechtliche Änderung würde auch eher dafür sprechen, den Faktor der Persönlichkeitsentwicklung und der definitiven Berufsentscheidung vom Studienbeginn eher gegen das Ende der Berufsausbildung zu verschieben.

Aber selbst wenn die Anliegen der Auswahl „der Besten der Besten“ ein ernst gemeint sein soll, in Zeiten eines Lehrermangels – und der ist in einigen Jahren durchaus realistisch – wird von strikten Auswahlverfahren ebenso abgegangen werden wie dies in der Vergangenheit schon üblich war.

Fachstudium und pädagogisch-didaktische Ausbildung – ein Politikum

Die aktuelle politische Vorgabe ist, dass die pädagogische und didaktische Ausbildung an den PH und die Fachausbildung an den Universitäten stattfinden soll. Damit kann die Forderung nach einer gemeinsamen Ausbildung unter einem akademischen Dach nicht realisiert werden. Es ist keine Frage, die Fachausbildung kann nur an den Universitäten erfolgen. Sie an die PH abzusiedeln ist absolut undenkbar und wäre ein Schilfbürgerstreich der Sonderklasse. Ob die pädagogische Ausbildung an den PH wirklich im Vergleich zur bisherigen Ausbildungspraxis an den Universitäten ein Fortschritt wäre, würde ich auf Grund eigener Lehrerfahrung an PH eher verneinen. Die PH verfügen nicht über die Lehrkapazitäten und keinerlei Erfahrung, z.B. spezielle Fachdidaktik für den sekundären Oberstufenschulbereich (wie z.B. Sprachdidaktik usw.) anzubieten. Fachdidaktik und Fachstudium sind auch nicht sinnvoll strikt voneinander zu trennen. Der Zugang der akademischen Lehrerausbildung an den Universitäten ist theoretischer, praxisferner, aber reflektierter, grundlegender und mit Forschung verbunden. Die Zahl der Lehramtskandidaten, die didaktische Fragen in ihren Diplomarbeiten behandeln, hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten vervielfacht. Das von der Universität begleitete Unterrichtspraktikum kann eine allfällige Theorielastigkeit der Ausbildung einigermaßen ausgleichen.

Die Politik hat eingesehen, dass eine Verlagerung der gesamten Lehrerausbildung auf die PH nicht durchführbar ist. Nun will sie die (zu Ende der letzten Legislaturperiode blitzartig) in PH umbenannten Pädagogischen Akademien dadurch aufwerten und als Institutionen retten, dass sie die wenigstens pädagogische Ausbildung besorgen sollen, da sie ansonsten funktionslos wären (und wahrscheinlich aufgelöst werden müssten). Faktum ist, dass Universitäten die Kapazität haben, die pädagogische und die fachliche Ausbildung der Lehrer aller Kategorien zu bewerkstelligen. Eine einheitliche Ausbildung der Lehrer unter einem institutionellen akademischen Dach wird aber offensichtlich nicht vom politischen Willen getragen und so ist der derzeit angestrebte Ausweg ein zwänglicher, umständlicher nicht zukunftsfähiger Kompromiss.

BA – als Basis für die fachliche Ausbildung

Es ist Common Sense, dass das kürzlich an den Universitäten eingeführte BA-Studium dem alten Diplomstudium in qualitativer Hinsicht bei weitem nicht das Wasser reichen kann.² Das Bologna-Modell ist keine Garantie für Qualität der universitären Ausbildung, Bologna-geschädigte Universitäten und die studentischen Protestbewegungen denken über den Ausstieg aus dieser „europäischen Misere“³ nach. Absolventen nur mit BA-Abschluss in einer

² Vgl. meinen Artikel: Willkommen in Bologna?! <http://slawistik.univie.ac.at/studium/didaktische-plattform/>
Peter J. Brenner: Die Wüste wächst - Über die Selbstzerstörung der deutschen Universität
<http://www.nachdenkseiten.de/wp-print.php?p=3031>

³ K.P.Liessmann: Theorie der Unbildung, Wien, 2006, S. 104

Philologie verfügen über erhebliche fachliche Defizite, die sie in Wirklichkeit nicht für einen philologisch-pädagogischen Beruf qualifizieren. Dies muss insbesondere für die slawistischen Lehramtsfächer besonders hervorgehoben werden. In einem dreijährigen Studium – ohne (obligatorischen) Auslandsaufenthalt (der ist wegen der unflexiblen Struktur der Curricula nicht möglich) – kann nicht die notwendige sprachliche und kulturelle Kompetenz erworben werden, die insbesondere für einen pädagogischen Beruf notwendig ist (ausgenommen sind einige Studierende mit sprachlichen Vorkenntnissen, sowie Zweisprachige). Die Erreichung des Niveaus C1 des europäischen Referenzrahmens während des BA-Studiums muss als Illusion angesehen werden. Außerdem ermöglicht die Zahl der nach dem Curriculum zu absolvierenden Lehrveranstaltungen aus Literatur- und Sprachwissenschaft nur eine sehr dünne „Wissensdecke“. Die Grundvoraussetzung für einen pädagogischen Beruf, eine exzellente Fachkenntnis, kann durch das vorgeschlagene Modell auf keinen Fall erfüllt werden. Wie unter diesen Prämissen ein Sprachunterricht in der Schulpraxis aussehen soll, sollte man sich unter diesen Bedingungen lieber nicht vorstellen.

Wenn nun die PH den pädagogischen Part der Lehrerausbildung übernehmen sollen, so müssen deren Standards durchaus kritisch hinterfragt werden, schon alleine deshalb, weil die PH kaum nennenswerte Forschung in diesen Bereichen betreiben und vor allem weil sie den sekundären Oberstufenbereich nicht abdecken können. Soll nun nach den Vorstellungen der Reformer die neue Lehrerausbildung sehenden Auges auf derart wackeligen Strukturen aufgebaut werden? Schwer zu glauben.

Schlussfolgernd aus diesen Prämissen muss ich feststellen, dass die Gesetzgeber damit ganz offensichtlich neue Standards definieren, dass diese aber deutlich unter den alten liegen werden. Wie daraus eine Hebung der Qualität der Ausbildung entstehen soll, ist wahrscheinlich auch ein Geheimnis, das noch nicht an die Öffentlichkeit durchgesickert ist.

Wenn die neue Lehrerausbildung so kommt, wie es den Anschein hat, dann ist sie eine kaum zu verantwortende Zumutung für die künftigen Generationen von Lehrern wie Schülern.

Auf die Universitäten kommt aber auf jeden Fall nach den curricularen Vorbereitungen für die Umstellung der Diplomstudien auf die Bologna-Architektur eine weitere Welle von curricularen Arbeiten zu: Die neuen BA/MA-Curricula müssen hinsichtlich der Lehrerausbildung-Neu adaptiert und u.U. völlig neu umgearbeitet werden, so ist z.B. ein Abgleich bzw. eine Koordination der 6-semesterigen BA-Studien und der 8-semesterigen neuen Lehramts-BA-Studien vorzunehmen. Es sind nach dem derzeitigen Stand der Studiengesetze für das Lehramt einjährige MA-Studien einzurichten (zur Erinnerung: BA+MA: 3+2 Jahre; neues Lehramt: BA+MA: 4+1), die es bisher noch nicht gibt ...

MA „Schulmanagement“ und Qualifikation für Leitungsfunktionen

Nach dem Konzept der Reformer soll auf das Lehramts-BA-Studium als Option ein MA-Studium „Schulmanagement“ aufsetzen. Dieses Vorhaben kann zumindest in zwei Richtungen interpretiert werden:

- Es besteht keinerlei Absicht – bzw. die resignierende Einsicht in die Unmöglichkeit – die Schulverwaltung so zu vereinfachen, dass ohne Zusatzstudium Leitungsfunktionen nicht ausgeübt werden können
- „Management“ hat in der Reformdiskussion einen höheren Stellenwert als Fachkompetenz

Diese Interpretationen erscheinen mir deshalb zwingend, da ja nicht einmal als Alternative z.B. ein MA-Vertiefungsstudium (in einem oder beiden Lehrfächern) in Aussicht gestellt wird. Wenn schon ein Master-Studium als Aufbau geplant ist, dann sollte es doch eines sein, das die Vertiefung der Lehramtsfächer zum Ziel hat! Besonders Bologna-konform argumentierend könnte man ja vorschlagen, dass mit dem BA-Abschluss die Lehramtskandidaten ein-

mal Schulluft schnuppern und dann verpflichtend innerhalb einer bestimmten Frist ein MA-Vertiefungsstudium an- und abschließen müssten. Aber auch ein solches Modell hat seine Tücken: Es ist problematisch, wenn BA-Absolventen einer neusprachlichen philologischen Studienrichtung ohne entsprechenden Auslandsaufenthalt/Auslandserfahrung unterrichten, dazu kann eine zu große zeitliche Lücke zwischen BA-Abschluss und dem Beginn des MA-Studiums entstehen, wobei berufsbegleitendes Studium eine intensive Auseinandersetzung mit dem Fach erschwert, insbesondere in den Philologien, wo z.B. für intensive Übungsphasen (Spracherwerb und Perfektionierung) auch aktive Präsenz in den LV verlangt wird. Welche Lösung auch immer gefunden wird, es ist offensichtlich, dass nur dann das Niveau des „alten“ Lehramtsstudiums erreicht und u.U. sogar übertroffen werden kann, wenn ein mindestens 10-semesteriges Studium angesetzt wird. Dies ist nicht kostenneutral und schon gar nicht noch billiger zu haben.

Ein MA „Schulmanagement“ zur Rekrutierung von „Funktionsträgern“ erscheint einigermaßen überzogen. Dass leitende Funktionen auch Schulungen und Fortbildung erfordern, ist trivial. Die Vorstellung, für die Leitung einer Schule (bzw. sonstige Funktionen) den MA „Schulmanagement“ vorweisen zu müssen, wäre analog übertragen auf universitäre Verhältnisse geradezu unbegreiflich und hirnrissig: Kein Institutsvorstand, SPL, Dekan oder Rektor hat für die Ausübung seiner Leitungsfunktion ein irgendein spezielles Management-Studium zu absolvieren, obwohl es sich hier um ganz andere Dimensionen und Verantwortlichkeiten handelt als in irgend einer Schule. Das entsprechende Know How für die Ausübung der jeweiligen Funktion wird durch interne Weiterbildung, Schulungen etc. innerhalb der Universitätsstrukturen hinreichend vermittelt. Betriebsinterne Fortbildung muss in der Lage sein, die für das System benötigten Kader auch selbst auszubilden. Wenn nun ein MA-„Schulmanagement“ vorgesehen ist, dann kann das auch nur bedeuten, dass die interne Qualifikation für Leitungsfunktionen entweder nicht funktioniert, oder vielleicht eingespart wird, ...

Anmerkung zur Auswahl von Funktionsträgern

Auf ähnlicher Linie wie die Aufnahmeverfahren für Studienanfänger liegen auch Überlegungen, Personen für leitende Funktionen an den Schulen auszuwählen.⁴ Hingewiesen wird auf die triviale Tatsache, dass nicht jeder gute Pädagoge sich auch für den Posten einer leitenden Funktion eignet. Deshalb wird von Seiten der Politik vorgeschlagen, die Auswahlverfahren so zu verbessern, dass die Auswahlprozedur in (schulferne) Assessment-Centers (AC) ausgelagert wird. Abgesehen davon, dass diese AC oft mit zweifelhaften Verfahren operieren und vor allem ihre Dienstleistung nicht umsonst oder „kostenneutral“ anbieten und durchführen, bleiben leitende Posten bislang auf Lebenszeit auch dann noch von Personen besetzt, wenn sie schon längst ausgepowert sind. Die Grünen verlangen, es solle ein formalisiertes Verfahren geben, „wie man sie wieder loswerden kann“, das wird kaum effektiv funktionieren. Die einzige Möglichkeit alle diese Probleme zu vermeiden ist erstens eine zeitlich begrenzte Funktionsperiode und zweitens eine demokratische Wahl durch das Lehrerkollektiv einer Schule (mit der Möglichkeit, wenn es die Mehrheit will, auch Externe Kandidaten aufzustellen). Eine demokratische Wahl schließt auch die Möglichkeit einer Abwahl ein, damit könnte man ungeeignete Personen „wieder loswerden“. Wenn an einem Schulstandort die Lehrer (in der Regel aus ihrer Mitte) eine/n Direktor/in wählen, so kennen sie in der Regel die KandidatInnen schon längere Zeit und können besser als jedes AC abschätzen, ob unter den konkret gegebenen (atmosphärischen, persönlichen, internen etc.) Bedingungen von einer bestimmten Person die Übernahme einer leitenden Funktion zufriedenstellend erwartet werden kann. Die Begrenzung der Funktionsperiode erlaubt Korrekturen durch das Kollektiv selbst. Das Auslagern der Entscheidung über Funktionsträger in schulferne, private bzw. profitorientierte Institutionen

⁴ Vgl. „Viele verkraften Umstieg zum Direktor nicht“ in: Der Standard, 8.9.09, S.9

ist als klarer Hinweis dafür zu werten, dass politische Parteien der Basisdemokratie im Grunde nicht trauen.

Fatal/Problematisch ist das blinde Vertrauen auf formale Verfahren, die künftige reale Verhaltensmuster und Problemlösungen nicht simulieren können. Ein positives Urteil eines AC über einen Kandidaten kann in Wirklichkeit nicht garantieren, ob sich dieser in der Realität dann genau so verhält wie in Simulationssituationen beim Assessment, kann nicht prognostiziert werden.

Schlusspunkt

Es ist zu hoffen, dass dieser Entwurf nicht der Weisheit letzter Schluss ist. Sollte dieser Entwurf aber umgesetzt werden, dann gehen die künftigen Schülergenerationen wahrhaft schlimmen Zeiten entgegen. Diese Reform geht klar auf Kosten der Qualität der Lehrerausbildung. Die Reform der Lehrerausbildung in Österreich strebt – so hat es den Anschein – ein Analogon zur Eier legenden Wollmilchsau an: Die künftige Lehrerschaft soll besser ausgebildet werden (eine begrüßenswerte Ansage), in einer Bologna-konformen Architektur (das ist Teil des Problems) und sowohl auf oder zwischen die Pädagogischen Hochschulen und den Universitäten aufgeteilt werden (kaum zu schaffender Spagat). Erschwert wird die Problematik zusätzlich dadurch, dass keinerlei Klarheit besteht, wie im österreichischen Schulwesen die frühe Segregation überwunden werden soll, obwohl schon längst klar ist, dass die frühe Trennung in Bildungskarrieren das Hauptmanko des österreichischen Bildungswesens darstellt. Sollte sich die Bildungspolitik zu einer gemeinsamen Beschulung bis zum 14. Lebensjahr (Gesamtschulformen) entschließen, so hätte dies selbstverständlich erhebliche Auswirkungen auf die Lehrerausbildung und die Ausarbeitung der betreffenden Curricula.

Mehr offene Fragen und Widersprüche als klare Perspektiven

Die „Besten der Besten“ werden unter den herrschenden Arbeitsbedingungen kaum für den Schuldienst zu begeistern und längerfristig zu halten sein: Unzumutbare räumliche Ausstattung an den Schulen für Lehrer, neues Dienstrecht mit einer Erhöhung der Lehrverpflichtung (oder der Präsenzzeit oder was auch immer dabei herauskommen soll) maW. Einsparungen bzw. unbezahlte oder schlechter bezahlte Mehrleistungen, eingeschränkte Karrieremöglichkeiten, keinerlei Ansprüche auf bezahlte Sabbaticals udgl.

Wie sollen sich verschlechternde Arbeitsbedingungen mit Forderungen nach „pädagogischen Eliten“ in Einklang gebracht werden können? Was kann junge Menschen motivieren, unter derartigen Prämissen einen pädagogischen Beruf zu ergreifen?

Weiter- und Fortbildung

Sie muss organisatorisch von derselben Institution – d.h. den Universitäten – getragen werden, der die Ausbildung obliegt. Derzeit organisieren und tragen die PH, die keine Sekundar-Oberstufenlehrer ausbilden, deren Fort- und Weiterbildung (die Inhalte und Qualität der Fortbildungsangebote sind oft schlicht peinlich).

Fazit

Kommt die Reform der Lehrerausbildung in der geplanten Form, dann wird die Qualität der Lehrerausbildung drastisch sinken. Die künftigen Lehrer werden noch froh sein, wenn übergeordnete Instanzen die Inhalte und Verfahren (z.B. Zentralmatura) vorgeben, die sie nur noch exekutieren sollen, da ihnen die Ausbildung das notwendige fachliche und didaktische Rüstzeug verwehrt hat. Die Schulen erfahren keinerlei wesentliche Modernisierungsschübe, das Bildungswesen bleibt selektiv wie bisher, Integration marginal. Es fehlen die Einsicht und der über Parteigrenzen hinweg gehende politische Wille zur Förderung aller Schüler.

Schließlich kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Diskussion um die Zukunft der Lehrerausbildung nicht konsequent und mit der notwendigen Energie betrieben bzw. nicht

ernst genommen wird. Erarbeitete Positionspapiere werden von einem Tag auf den anderen verworfen, damit befasste Arbeitsgruppen aufgelöst, neue konstituiert, besonders betroffene Studienrichtungen haben kein Gehör ...

Bologna-konformes Chaos in der Lehrerbildung als realistische Zukunftsperspektive?